

Beschluss

Sitzung des Landrates vom Mittwoch, 24. April 2019

§ 122 Jahresrechnung 2018

(Berichte Regierungsrat, 5.3.2019; Finanzaufsichtskommission, 3.4.2019)

Samuel Zingg, Mollis, Kommissionspräsident, beantragt Zustimmung zur regierungsrätlichen Vorlage. – Die Jahresrechnung 2018 schliesst bei einem Aufwand von 389,5 Millionen Franken und einem Ertrag von 391,4 Millionen Franken mit einem Überschuss von 1,9 Millionen Franken ab. Wieder einmal sind die dunklen Wolken am Kanton Glarus vorbeigezogen. Dieser Überschuss ist bemerkenswert, da aufgrund der Neubewertung der Aktien der Glarner Kantonalbank (GLKB) rund 5,5 Millionen Franken zusätzlich aufgewendet werden mussten. Weitere rund 12 Millionen Franken wurden ausserordentlich abgeschrieben. Diese Abschreibungen werden die Jahresrechnungen in den nächsten Jahren entlasten. Ab 2021 können ausserdem die Steuern gesenkt werden. Eine zusätzliche Einlage in den Fonds zur Förderung von ICT- und Digitalisierungsprojekten in der Bildung von 2,5 Millionen Franken ist vorbehältlich des heutigen Entscheids des Landrates sowie der Landsgemeinde bereits getätigt. Auch diese entlastet auf lange Sicht die Jahresrechnung. Der Selbstfinanzierungsgrad liegt bei 126 Prozent und damit deutlich höher als die budgetierten 34 Prozent. – Die Prüfung der Rechnung hat zu keinen Vorbehalten geführt. Einzig die Einlage in den ICT-Fonds hat in der Kommission zu einer längeren Diskussion geführt. Bemängelt wurde vor allem das Vorgehen. Der Regierungsrat begründet dieses mit dem ebenfalls nicht konformen Vorgehen im 2001 beim gleichen Fonds. Die Finanzaufsichtskommission möchte auf keinen Fall, dass mit einem positiven Entscheid ein Präjudiz geschaffen wird. Dieses Vorgehen muss eine Ausnahme bleiben. Ausserdem ist die Bildung von Fonds nicht mit dem Harmonisierten Rechnungslegungsmodell 2 konform. Sie untergräbt die Transparenz der Jahresrechnung. Trotz dieser gewichtigen Argumente hat die Kommission entschieden, die Äufnung des Fonds zu unterstützen. Denn in der Sache selbst gab es keinen Einwand. Schliesslich dient der Fonds einem Ziel, das im Rahmen der Legislaturplanung festgelegt wurde. Es kommen in diesem Bereich hohe Ausgaben auf den Kanton zu. Mit der Einlage in den Fonds werden die kommenden Rechnungen entlastet. Es wird vermutlich auch nicht zum letzten Mal Geld für die digitale Transformation in der Bildung gesprochen. – Vorausblickend lässt sich sagen, dass aufgrund der Entlastung im Umfang von rund 14 Millionen Franken, die im Rahmen der Rechnung 2018 vorgenommen wurde, vorsichtig optimistisch mit einer guten bis sehr guten Rechnung 2019 gerechnet werden darf. Zudem wird die Steuerbelastung ab 2021 durch den Wegfall des Bausteuerzuschlags von 1,5 Prozent und den damit verknüpften 15 Prozent der Erbschafts- und Schenkungssteuer sinken. – Erfreulich war die Nachricht, dass der Regierungsrat im Rechtsstreit mit der Axpo und der Eidgenössischen Steuerverwaltung gut verhandelt hat. Die Ergebnisse sind für den Kanton Glarus im wahrsten Sinne des Wortes Gold wert. Die künftigen Rechnungen bleiben von grossen zusätzlichen Belastungen verschont. –

Dank gebührt allen Beteiligten aus den Departementen für das Aufbereiten der Jahresrechnung und der Detailkommentare. Diese sind bis auf wenige Ausnahmen aussagekräftig und umfassend. Besonders zu danken ist Regierungsrat Rolf Widmer, Samuel Baumgartner, Departementssekretär, und Andreas Schiesser, Finanzverwalter, für die Begleitung der Kommissionsberatung und das Klären von Fragen, Isabella Mühlemann für die Protokollführung sowie Dieter Elmer für die Unterstützung beim Verfassen des Kommissionsberichtes. Und nicht zuletzt gebührt auch den Mitgliedern der Finanzaufsichtskommission Dank für die engagierte Mitarbeit.

Marco Hodel, Glarus, Kommissionsmitglied, spricht sich namens der CVP-Fraktion für Zustimmung zu den Anträgen von Kommission und Regierungsrat aus und dankt allen, die zum guten Ergebnis beigetragen haben. – Die Jahresrechnung 2018 weist einen Ertragsüberschuss von 1,9 Millionen Franken aus und schliesst zum vierzehnten Mal in Folge positiv ab. Das ist nicht selbstverständlich. Auch der Selbstfinanzierungsgrad von 126 Prozent ist sehr hoch und stimmt positiv. Der Kanton Glarus kann auf das Ergebnis stolz sein. Durch das gute Resultat können zusätzliche Abschreibungen im Umfang von 12,1 Millionen Franken vorgenommen werden. Das wird vor allem auch die nächsten Rechnungen stark beeinflussen. – Die CVP-Fraktion ist erfreut, dass der Rechtsstreit mit der Axpo mit einem gerichtlichen Vergleich vor dem Obergericht des Kantons Bern beigelegt werden konnte. Das Damoklesschwert schwebt nicht länger über dem Kanton Glarus. Hier gilt ein besonderer Dank dem Finanzdirektor und seinem Team. Sie haben mit grossem Effort verhindert, dass es zu höheren Kosten kommt. – Erfreulich ist auch der Blick in die Zukunft. Die Steuerbelastung wird ab 2021 aufgrund des Wegfalls der Bausteuer für die Gesamtanierung des Kantonsspitals um 1,5 Prozentpunkte sinken. – Die CVP-Fraktion ist über den guten Abschluss sehr erfreut. Der Kanton Glarus weist eine stabile und intakte Finanzlage auf. Damit dies in Zukunft auch so bleibt, ist nach wie vor eine strikte Ausgabendisziplin einzuhalten. Die Lage kann sich relativ schnell ändern.

Martin Laupper, Näfels, Kommissionsmitglied, votiert stellvertretend für die FDP-Fraktion ebenfalls für Zustimmung zu den Anträgen von Kommission und Regierungsrat. – Einmal mehr herrscht Freude. Die FDP-Fraktion gratuliert dem Regierungsrat zu diesem Jahresabschluss. Der Ertragsüberschuss, der Selbstfinanzierungsgrad, zusätzliche Abschreibungen, der entfallende Bausteuerzuschlag für das Kantonsspital, ein positives betriebliches Ergebnis, das 164 Prozent höher ist als budgetiert, ein positives Ergebnis aus Finanzierung: Man kann dazu eigentlich gar nichts mehr sagen. Man darf aber auch feststellen, dass die Strategie des wettbewerbsfähigen Kantons mit drei starken Gemeinden aufgeht. Man spürt das in den Ergebnissen des Kantons. Die vor Jahren angestossene Entwicklung ist richtig. Natürlich sind auch die Sondereffekte erfreulich, die zum guten Resultat beitragen. Der eingeschlagene Kurs ist unbedingt beizubehalten. Euphorie ist fehl am Platz. Zwar wird auch der Rechnungsabschluss 2019 wieder gut ausfallen, jener von 2020 vielleicht auch noch. Ab 2021 wird es aus finanzpolitischer Sicht aber schwieriger, wenn man dem Finanzplan Glauben schenkt. Der Kanton steuert auf ein Defizit auf der betrieblichen Seite von rund 25 Millionen Franken zu. Es stehen Nettoinvestitionen von 157 Millionen Franken an. Die meisten Projekte sind bereits initialisiert. Im Finanzplan ist ein Finanzierungsfehlbetrag von 150 Millionen Franken ausgewiesen. Der Selbstfinanzierungsgrad könnte teilweise sogar unter null sinken. Man kann den Finanzplan nun in Zweifel ziehen. In der Tendenz kommt aber eine schwierige Phase auf den Kanton zu. Deshalb muss der Landrat weiterhin vorsichtig sein. Auf keinen Fall dürfen Steuererhöhungen zum Thema werden.

Andreas Schlittler, Glarus, Kommissionsmitglied, unterstützt im Namen der Grünen Fraktion die Anträge von Kommission und Regierungsrat. – Die Grüne Fraktion hat sich sehr über den positiven Rechnungsabschluss gefreut. Es ist den Ausführenden in den Departementen und in der Kommission für ihr Engagement und ihre ausserordentliche Arbeit zu danken. – Das Budget 2018 hat einen Verlust von 1,3 Millionen Franken vorgesehen. Die Jahresrechnung 2018 präsentiert schlussendlich einen Ertragsüberschuss von 1,9 Millionen Franken. Rotes Budget, schwarze Rechnung: Es ist seit Jahren dasselbe. Für 2019 gilt hoffentlich:

schwarzes Budget und schwarze Rechnung. – Rein rechnerisch könnte der Ertragsüberschuss sogar noch weit höher ausfallen. Der gute Abschluss erlaubt zusätzliche Abschreibungen in der Höhe von 12,1 Millionen Franken sowie die beantragte Einlage in den ICT-Fonds von 2,5 Millionen Franken. – Der Kanton Glarus befindet sich mit seinem positiven Rechnungsabschluss in guter Gesellschaft. Beinahe alle Kantone – Obwalden und Jura ausgenommen – haben 2018 positive Abschlüsse zu verzeichnen. Dem Bund und den Kantonen läuft es finanziell gut. Ob alle Menschen zu den Gewinnern zählen dürfen, bleibt allerdings offen. – Sehr erfreulich ist, dass der Kanton zwischenzeitlich den Rechtsstreit mit der Axpo mit einem Vergleich erledigen konnte. Hier werden keine weiteren, unkalkulierbaren Aufwendungen anfallen. – Etwas überraschend und erstmalig musste der Marktwert der Aktien der GLKB im Umfang von 5,4 Millionen Franken nach unten angepasst werden. Der Wert der Aktie lag per Ende 2018 um 2.60 Franken tiefer als noch im Vorjahr. Der Finanzdirektor hat in vergangener Zeit immer wieder darauf hingewiesen, dass eine solche Situation eintreffen könnte. Nun ist es also geschehen. Etwas beruhigend ist allerdings die weitere Entwicklung der GLKB-Aktie. Wenn man die Rechnung 2018 heute abschliessen würde, ergäbe sich aus den GLKB-Aktien ein Gewinn von rund 9,2 Millionen Franken. Diese Volatilität des Aktienkurses bereitet dennoch Sorgen. In der Zeitspanne von anfangs April 2018 bis anfangs August 2018 betrug der Kursverlust 8 Franken. Das entspricht nahezu einem Drittel des Wertes der Aktie. Ein solches Szenario könnte die Kantonsfinanzen im Wiederholungsfall arg in Schieflage bringen. Es stellt sich die Frage, ob die Aktie zu einem Spielball von Spekulanten wird, und wenn ja, von welchen? Wie sind solche Kursschwankungen möglich, wenn der Kanton mit 68,26 Prozent die Aktienmehrheit besitzt und 2018 sicher keine Verkäufe getätigt hat? Die Grüne Fraktion schlägt dem Verwaltungsrat der GLKB bzw. dem Kantonsvertreter, der Mitglied im Risikoausschuss ist, vor, dahingehend Abklärungen zu machen und entsprechend Massnahmen zur Risikominimierung zu treffen. – Ein dauerhaftes Thema sind die laufenden Wertberichtigungen auf den ausstehenden Amortisationen der Sportbahnen in Elm und Braunwald. Gemäss den Angaben im Revisionsbericht belaufen sich die ausstehenden Rückzahlungen und die Restschuld auf rund 6,8 Millionen Franken. Da der Kanton auch noch gegenüber dem Bund für die offenen Verpflichtungen zu 50 Prozent bürgt, könnte nochmals etwas mehr als 1 Million Franken dazukommen. Bereits im vergangenen Jahr wurden über 4 Millionen Franken zulasten der Jahresrechnung 2017 wertberichtigt. Dafür könnte man eine gewisse Gegenleistung erwarten. Leider gibt es auch seit der Zustimmung der Landsgemeinde zur Übernahme von Infrastrukturprojekten kein Wille zu einer Praxisänderung. Im Gegenteil: Es liegt ein Sanierungsvorschlag eines Leistungsträgers vor, in dem vom kompletten Verzicht des Kantons auf die Rückzahlung der Darlehen ausgegangen wird. Die Grüne Fraktion möchte den Regierungsrat nochmals eindringlich dazu auffordern und darin bestärken, Haltung zu zeigen und die Schuldentilgung nur im Rahmen der zuvor gesetzten Grenzen zu ermöglichen. – Die Grüne Fraktion hofft und glaubt, dass der positive Trend bezüglich der Rechnungsabschlüsse auch im nächsten Jahr anhält. Die Ausführungen im regierungsrätlichen Bericht machen zuversichtlich.

Thomas Tschudi, Näfels, Kommissionsmitglied, beantragt namens der SVP-Fraktion Zustimmung zu den Anträgen von Kommission und Regierungsrat. – Die Jahresrechnung 2018 fällt zum vierzehnten Mal in Folge positiv aus. Es ist alle Jahre dasselbe: Der Kanton kann aufgrund von Sondereffekten wie etwa zusätzlichen Ausschüttungen der Schweizerischen Nationalbank und einer vorsichtigen Budgetierung einen besseren und natürlich erfreulicheren Abschluss präsentieren. Auch die SVP-Fraktion ist damit zufrieden und unterstützt die Anträge von Kommission und Regierungsrat. – Gute Resultate und Leistungen sind gebührend anzuerkennen. Wenn ein kleiner Kanton zum vierzehnten Mal in Folge einen positiven Rechnungsabschluss vorweist, dann darf man zufrieden sein und den Dank an alle Beteiligten aussprechen. Daneben müssen aber auch zwei kritische Punkte angesprochen werden. So ist das Vorgehen zur Äufnung des Fonds zur Förderung von ICT- und Digitalisierungsprojekten im Bereich der Bildung mit 2,5 Millionen Franken in Frage zu stellen. Es handelt sich um eine Hauruck-Übung, die den demokratischen Prozessen nicht gerecht wird. Um den Bürgerinnen und Bürgern eine gute Entscheidungsgrundlage für die Gewährung dieses

hohen Betrags geben zu können, ist mehr als ein Antrag in einer Kommission, die kurze Behandlung im Plenum oder ein Nachtrag im Amtsblatt zum Memorial notwendig. Eine effektive Auseinandersetzung mit dem Thema findet nicht statt. Auch wenn das Geld sicherlich sinnvoll eingesetzt wird, ist das Vorgehen nicht nachahmenswert. Auf ein drittes Mal ist zu verzichten. – Die hohen und über längere Zeit erzielten Ertragsüberschüsse wecken Begehrlichkeiten. Es ist schwer, in solchen Zeiten haushälterisch mit den finanziellen Ressourcen umzugehen. Das lässt sich immer wieder beobachten. Es gibt einige Projekte, die wohl nicht verfolgt würden, wenn das Geld knapp wäre. Es ist angebracht und zielführend, weiterhin sparsam mit dem Geld umzugehen. Allenfalls ist auch darüber nachzudenken, ob die Steuern nicht zu senken wären, damit man mit den Ausgaben nicht plötzlich ausufert. – Der gute Rechnungsabschluss ist nur dank des nationalen Finanzausgleichs möglich. Der Kanton Glarus ist weiterhin in wesentlichen Teilen von diesem abhängig. Das darf man nicht vergessen.

Hans Schubiger, Netstal, Kommissionsmitglied, stimmt den Anträgen von Kommission und Regierungsrat stellvertretend für die BDP/GLP-Fraktion zu. – Es ist allen Personen, die zu diesem guten Rechnungsabschluss beigetragen haben, zu danken. Dieser ist erfreulich. Er zeigt auf, dass vorsichtig budgetiert und mit dem Geld umgegangen wird. Ein solcher Rechnungsabschluss eröffnet die Möglichkeit, künftige Rechnungen zu entlasten und den ICT-Fonds zu äufnen. Letzterer ist eine gute Sache, auch wenn das Vorgehen diskutabel ist.

Jacques Marti, Diesbach, beantragt im Namen der SP-Fraktion Zustimmung zu den Anträgen von Kommission und Regierungsrat. – Auch die SP-Fraktion freut sich über das sehr positive Ergebnis und dankt den Verantwortlichen, die dazu beigetragen haben. – Aufgrund der positiven Ergebnisse in den vergangenen Jahren erwartet die SP-Fraktion vom Regierungsrat, dass er die gute Ausgangslage nützt, um aktiv zu politisieren und Projekte zu lancieren. Es ist sicherzustellen, dass der ganze Kanton von den guten Resultaten profitieren kann. Der aktive Einsatz der Mittel am richtigen Ort kann vielen Menschen helfen. Man könnte etwa die Alimentenhilfe verbessern, die Kinderkrippen stärken oder die Individuelle Prämienverbilligung verbessern. Die SP-Fraktion wird Steuersenkungen hingegen ganz sicher nicht unterstützen. Bei diesen handelt es sich tatsächlich um eine Begehrlichkeit, die falscher nicht sein könnte. Nach wie vor hängt der Kanton Glarus stark vom nationalen Finanzausgleich ab. Wenn dieser dann mit dem Geld aus Bern die Steuern senkt, läuft er Gefahr, die Hand, die ihn füttert, zu beissen. Dann kommt irgendwann kein Geld mehr und der Kanton ist so weit wie zu Beginn der Nuller-Jahre. – Es ist bewusst, dass der Regierungsrat bürgerlich zusammengesetzt ist und auch bürgerlich politisiert. Dennoch erwartet die SP-Fraktion von ihm, dass er wenigstens seine Versprechen hält. Ein Beispiel dafür sind die Radwege. Der Regierungsrat hat an der Landsgemeinde 2018 versprochen, sich um die Radwege zu kümmern. Im Gegenzug könne der entsprechende Memorialsantrag abgelehnt werden. Für 2018 waren im Budget 150'000 Franken eingestellt. Tatsächlich gebraucht wurden hingegen nur 39'000 Franken. Deshalb wird an den Regierungsrat appelliert, nicht ständig ans Sparen zu denken, sondern die zur Verfügung stehenden Mittel auch zu investieren. Gerade das Beispiel der Radwege zeigt auf, wo es das Potenzial gäbe, mit bescheidenen Mitteln vielen Leuten zu helfen.

Simon Trümpi, Glarus, erkundigt sich zur Formulierung des Antrags betreffend Äufnung des ICT-Fonds. – Die Kommission spricht von einem ICT-Fonds für die Schulen, der Regierungsrat von einem solchen für die Bildung. Es ist zu erläutern, was der genaue Zweck dieses Fonds ist und wo dieser Zweck niedergeschrieben ist.

Regierungsrat *Rolf Widmer* beantragt Zustimmung zu den Anträgen von Kommission und Regierungsrat. – Der Rechnungsabschluss 2018 fiel gut aus. Die meisten Kennzahlen sind im grünen Bereich. Wo dies nicht der Fall ist, kennt der Regierungsrat die Probleme. Die nicht so guten Kennzahlen lassen sich erklären. Man muss trotz aller Euphorie darauf hinweisen, dass der Jahresabschluss durch die Entnahme von Geld aus der Substanz geschönt wird. In der Vergangenheit wurden Fonds gebildet. Diesen sollten jedes Jahr Beträge ent-

nommen werden. Solche flossen auch in die Jahresrechnung ein. – Die Jahresrechnung birgt viel Erfreuliches, viel Erstaunliches. Besonders erstaunlich ist, dass die Gewinnsteuern der juristischen Personen rückläufig sind – trotz Hochkonjunktur. Wenn Hochkonjunktur herrscht, müssten eigentlich auch die Gewinnsteuern steigen. Im Kanton Glarus ist es genau umgekehrt. Er ist damit im schweizweiten Vergleich ein Ausnahmefall. Die generellen Steuereinnahmen sind in der Schweiz um 800 Millionen Franken höher als budgetiert. Es ist davon auszugehen, dass diese gegenläufige Entwicklung einen Effekt auf den nationalen Finanzausgleich zugunsten des Kantons Glarus haben wird. Diesen wird man in drei Jahren zum ersten Mal spüren. Die Beiträge aus dem nationalen Finanzausgleich an den Kanton Glarus werden vermutlich in der Tendenz steigen. Es kann auch sein, dass es bei den Gewinnsteuern eine gewisse zeitliche Verschiebung gibt. Das hängt von den Unternehmen ab. Dennoch ist die Situation zu beobachten. – Die Einnahmen stiegen ungefähr im gleichen Ausmass wie die Ausgaben. Dafür ist nicht nur das Departement Finanzen und Gesundheit verantwortlich, sondern die ganze Verwaltung. Die Departemente pflegen einen sehr sorgfältigen Umgang mit den finanziellen Mitteln. Dafür gebührt ihnen Dank. Der Regierungsrat gibt nicht mutwillig weniger Geld aus, als er könnte. Es wird eine Erklärung geben, weshalb die für die Radwege zur Verfügung stehenden Mittel nicht ausgeschöpft wurden. Zumindest ist keine Vorgabe des Regierungsrates, dort zu sparen. – Der Rechtsstreit mit der Axpo konnte erledigt werden. Er nahm für den Kanton Glarus einen guten Ausgang. Das gleiche gilt für den Rechtsstreit mit der Eidgenössischen Steuerverwaltung betreffend Mehrwertsteuer. Dafür ist einerseits im Bereich der Individuellen Prämienverbilligung mit Mehrausgaben zu rechnen. Aufgrund eines Bundesgerichtsurteils ist bekannt, dass Handlungsbedarf besteht. Der Regierungsrat wird im Verlauf des Sommers oder des Herbstes eine Vorlage verabschieden. Die Ausgaben für die Individuelle Prämienverbilligung bewegen sich bereits auf einem sehr hohen Niveau. Der Kanton Glarus gibt rund 19 Millionen Franken dafür aus. Andererseits wird auch die Änderung des Steuerrechts zumindest vorübergehend Minder-einnahmen zur Folge haben. – Die Kommission und der Regierungsrat sprechen in ihren Anträgen zum ICT-Fonds vom gleichen. Dieser besteht bereits. Es gibt kein Reglement, aber eine Praxis: Ausgaben werden vorgängig budgetiert und dem Landrat vorgelegt. Dieser kann entscheiden, ob eine Entnahme getätigt werden soll oder nicht. Das wurde bereits in der Vergangenheit so gemacht und wird auch so weitergeführt. – Die Kursschwankungen der GLKB-Aktie bereiten weniger Sorgen. Volatilität ist bei börsennotierten Aktien normal. Es geht dort auch nur um reine Buchgewinne bzw. -verluste. Der Regierungsrat wollte diese Thematik im Rahmen einer Änderung des Finanzhaushaltgesetzes einer Lösung zuführen. Der Landrat trat auf diese Änderung jedoch nicht ein. Der Regierungsrat wird einen neuen Versuch unternehmen. Stärker im Fokus steht das Thema Staatsgarantie. Die Kantonalbank wächst. Der Regierungsrat hat im Zusammenhang mit der Legislaturplanung auch kommuniziert, dass er eine Vorlage ausarbeiten wird. Diese wird voraussichtlich 2021 der Landsgemeinde vorgelegt. – Dass gute Rechnungsabschlüsse Begehrlichkeiten wecken, ist tatsächlich eine Gefahr. Um die Jahrtausendwende wusste der Kanton Glarus auch nicht, wohin er mit dem vielen Geld soll. Die Ausgaben wurden erhöht. Dann fiel der grösste Steuerzahler weg. Von einem Jahr auf das andere ergab sich eine Differenz von 40 Millionen Franken. Es brauchte drei bis vier Jahre, um die Ausgaben wieder zu senken. Es gab vier oder fünf Sparprogramme. Das ist eine schwierige Situation. Im Moment macht der Kanton Obwalden dasselbe durch, allerdings mit veränderten Vorzeichen. Das Defizit beträgt dort seit Jahren rund 20 Millionen Franken, der Selbstfinanzierungsgrad minus 100 Prozent. Der Kanton Glarus muss also aufgrund seiner Erfahrungen auf die Ausgaben achten, auch wenn es heute im Gegensatz zu damals keine Klumpenrisiken mehr gibt. Der Kanton ist viel breiter aufgestellt. Der grosse damalige Steuerzahler hat jeweils 40, 50 oder 60 Millionen Franken an Steuern abgeliefert. Heute gibt es keinen einzelnen, so grossen Steuerzahler mehr. – Dem Regierungsrat ist bewusst, dass das Vorgehen bezüglich Einlage in den ICT-Fonds eine Ausnahme bleiben muss. Es gibt zu Recht Bedenken. Der Regierungsrat orientierte sich am Vorgehen von 2001. Das macht es zwar nicht besser. Die Landsgemeinde hat dem Antrag damals aber zugestimmt.

Der *Vorsitzende* hält fest, dass die Kommission und der Regierungsrat trotz unterschiedlicher Formulierung der Anträge bezüglich der Einlage in den ICT-Fonds dasselbe beantragen.

Das Wort wird nicht mehr verlangt. Den Anträgen von Kommission und Regierungsrat ist zugestimmt.